Umgang mit Kampfmittelverdachtspunkten im Rahmen der 3D-Seismik

Im Rahmen des Pilotprojektes 3D-Seismik wird für die Fahrtrouten der Vibrotrucks die Kampfmittelbelastung anhand von Kriegsluftbilddauswertungen durch die Bezirksregierung Arnsberg (Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe – KBD-WL) festgestellt. Beim Vorliegen von Bombenblindgänger-Verdachtspunkten auf landwirtschaftliche Nutzflächen ergibt sich folgende Vorgehensweise:

- Sofern im Rahmen der Luftbilddauswertung durch den KBD-WL Bombenblindgänger-Verdachtspunkte auf landwirtschaftliche Nutzflächen festgestellt und ausgewiesen werden, werden diese dem Grundstückseigentümer mitgeteilt.
- Die Vibrotrucks umfahren den Bombenblindgänger-Verdachtspunkt in einem Abstand von 10m.
- Bei der Befahrung und Bewirtschaftung mit landwirtschaftlichen Maschinen handelt es sich nicht um eine Baumaßnahme im Baugenehmigungsverfahren entsprechend der BauO NW. Somit muss für die Bewirtschaftung der Fläche nicht zwingend eine Kampfmittelüberprüfung durchgeführt werden.
- Grundsätzlich gilt jedoch, dass für erhebliche Erdeingriffe, die in kampfmittelbelasteten Bereichen stattfinden, eine Kampfmittelüberprüfung durchgeführt werden sollte. Erheblich sind Erdeingriffe dann, wenn durch den Erdeingriff die Gefahr besteht, auf ein Kampfmittel zu treffen und es zur Umsetzung zu bringen. Dieses ist insbesondere bei oberflächennahen Kampfmitteln der Fall, so dass hier eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit gem. § 1 OBG vorliegen könnte.
- Der Eigentümer entscheidet in eigener Verantwortung, ob der Bombenblindgänger-Verdachtspunkt (zukünftig) überprüft werden soll. Zu beachten sind an dieser Stelle jedoch die arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften in der Landwirtschaft (Arbeitssicherheitsgesetz, Arbeitsschutzgesetz, Arbeitsstättenverordnung und die Unfallverhütungsvorschriften der Sozialversicherung Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)), die der Eigentümer gegenüber Mitarbeitern/-innen und den ausführenden Unternehmen einzuhalten hat.
- Die Kosten für die Sondierung, Evakuierung, Entschärfung, Bergung, Abtransport und Vernichtung des Kampfmittels trägt die Stadt bzw. das Land NRW. Lediglich die Kosten für vor- und nachbereitende Maßnahmen sowie begleitende Kosten (z. B. Grundwasserabsenkungen) müssen vom Eigentümer getragen werden. Zurzeit wird ein Vorschlag für den Verwaltungsvorstand der Stadt Münster vorbereitet, inwieweit die Eigentümer, die sich für eine Überprüfung der Bombenblindgänger-Verdachtspunkte entscheiden und damit eine kampfmittelfreie landwirtschaftliche Fläche schaffen, bei den möglichen Mehrkosten der Kampfmittelüberprüfung durch die Stadt Münster finanziell unterstützt werden können.